

03. April 2023

ZUMELDUNG zur Landespressekonferenz und zur Kommentierung unserer Umfrage zur verbindlichen Grundschulempfehlung

Der Realschullehrerverband geht davon aus, dass die Ergebnisse der aktuellen Umfrage auch in der Landespressekonferenz zum Lehrkräftemangel heute ein Thema sein werden. Die verbindliche Grundschulempfehlung würde nicht alle, jedoch nachweislich offensichtlich erhebliche Probleme im Bildungssystem kostenneutral und ohne teuer aufgelegte Programme lösen können, würde die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte an den weiterführenden Schulen erheblich senken und die Attraktivität des Berufs deutlich steigern.

Die Erwiderungen aus dem Kultusministerium und aus der Fraktion der Grünen zur Umfrage bei Lehrkräften zur verbindlichen Grundschulempfehlung können nicht unkommentiert bleiben, weil sie teilweise jeder Grundlage entbehren oder faktisch schlicht falsch sind.

Die Vorsitzende des Realschullehrerverbandes, Karin Broszat, kommentiert:

1. „Wenn die Kultusministerin behauptet, mit der Beseitigung der Grundschulempfehlung sei ein Druck von den Kindern genommen worden, verkennt sie völlig, dass eine Bildungsbiografie eben nicht mit der Grundschulzeit endet. Lehrkräfte an weiterführenden Schulen erleben täglich, welcher nicht enden wollende Druck auf Kindern und Jugendlichen lastet, die entgegen aller Beratungen eine nicht ihrem Leistungsvermögen und ihren Begabungen entsprechende Schulart besuchen. Genau das ist es, was in dieser sensiblen Phase des Erwachsenwerdens Bildungsbiografien brechen lässt. Nicht allein die belegt zunehmenden Schulabbrecherquoten sind sichtbare Auswirkungen davon.“
2. „Wer sich über die seit Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung nachlassenden Leistungen an den Grundschulen wundert, sollte sich einmal Gedanken darüber machen, welche offenkundig positiven Auswirkungen eine verbindliche Grundschulempfehlung auf die Leistungen der Schüler hat. Wenn Leistung andersherum für den weiteren Schulweg völlig egal ist, muss es nicht verwundern, dass die Leistungsbereitschaft aller sinkt! Wem das alleine nicht einleuchtet, dem sei die Studie des ZEW Mannheim und des WZB Berlin** ans Herz gelegt, die deutlich zeigt, dass sich die Verbindlichkeit der Schulform-Empfehlung bereits auf die schulischen Leistungen und auf das subjektive Wohlbefinden der Grundschüler auswirkt. Wenn Grundschulempfehlungen verbindlich sind, verbessern

** Bach, M. (ZEW Mannheim) / Fischer, M. (WZB Berlin): Mit verbindlichen Grundschulempfehlungen erreichen Grundschüler/innen bessere Leistungen, empfinden aber auch mehr Stress. ZEW policy brief Nr. 01 / März 2021

sich erwiesenermaßen die gemessenen schulischen Kompetenzen in der vierten Klasse!“

3. „Völlig abwegig ist der Kommentar Thomas Poreskis (bildungspolitischer Sprecher der Grünen) zur Umfrage. Niemand der abstimmenden Lehrkräfte verklärt eine Vergangenheit. Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, vor allem von dieser Tragweite, bedeutete noch nie einen Schritt zurück in die Vergangenheit, sondern den richtigen Schritt in die Zukunft!“
4. „Wenn Thomas Poreski es ablehnt, in eine vermeintlich „gute alte Zeit zurückzukehren, die in Wirklichkeit nie existiert hat“ empfehlen wir die Lektüre der sehr realen Ländervergleiche vor 2012. Da findet er Baden-Württemberg immer konkurrierend mit den Bayern um die vordersten Plätze. Die falsche Weichenstellung kam 2012 mit der grün-roten Koalition und der ideologisch motivierten Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, die für ein vielfältiges und differenziertes Schulsystem unerlässlich ist. Seiner Aufforderung sich an „erfolgsversprechenden Modellen“ zu orientieren kommen wir selbstverständlich gerne nach. Der Spitzenreiter der Tabelle heißt nämlich immer noch Bayern. Bayern ist wie Baden-Württemberg ebenso ein Flächenstaat und hat ebenso hohe Migrantenzahlen.“
5. „Poreskis Aufforderung: „An der Champions League der Bildungssieger muss sich Baden-Württemberg messen – nicht mit der Kreisklasse“, stimmt der Realschullehrerverband vollumfänglich zu. In diesem Sinne muss der Blick nach Bayern gehen und nicht etwa in den Stadtstaat Hamburg, in dem es lediglich noch zwei weiterführende Schularten gibt!“
6. „Der Vorschlag der Grünen, nämlich eine „passgenaue Übergangsberatung, die Eltern und Kinder bei den oft wegweisenden Entscheidungen für die weiterführende Schule unterstützt“, zeigt den abstimmenden Lehrkräften in geradezu verstörender Weise die fehlende Wertschätzung ihrer alltäglichen Arbeit. An allen Schularten vor und nach dem Übergang auf die weiterführende Schule hat die Beratungsarbeit extrem zugenommen und trägt zur hohen Arbeitsbelastung der Pädagogen bei, meist ohne den gewünschten Erfolg bei den Eltern. Entschieden wird nach der Beratung nach wie vor beliebig.“

* Esser, H. / Seuring, J.: Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit. In: Zeitschrift für Soziologie 2020, 49/5-6, S. 277 – 301

** Bach, M. (ZEW Mannheim) / Fischer, M. (WZB Berlin): Mit verbindlichen Grundschulempfehlungen erreichen Grundschüler/innen bessere Leistungen, empfinden aber auch mehr Stress. ZEW policy brief Nr. 01 / März 2021